



Tagesfrage heute

Darf ein Bundesrat seine Kollegen öffentlich kritisieren?

A Ja B Nein

Stimmen Sie online ab unter der Rubrik «Mitmachen»

■ www.aargauerzeitung.ch
 ■ www.baselandschaftliche.ch
 ■ www.bzbasel.ch
 ■ www.grenchertagblatt.ch
 ■ www.limmattalerzeitung.ch
 ■ www.solothurnerzeitung.ch

oder schicken Sie ein SMS mit aztfa für «Ja» oder aztfb für «Nein» an 2222 (20 Rp./SMS)

Ergebnis letzte Tagesfrage

Braucht es die OSZE?



VIDEO DES TAGES



Für einen Gutschein halb nackt durch die Stadt rennen.

Presseschau

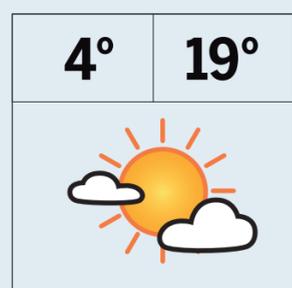
De Telegraaf

Kommunalwahlen Niederlande
 Nach einer turbulenten Phase der Krisenbekämpfung wenden sich die Menschen immer stärker von der Haager Politik ab. Zugleich geht der Vormarsch der lokalen Parteien weiter, die mit ihren einfachen Themen offenbar die Wähler ansprechen und nun rund 3000 lokale Abgeordnete stellen dürfen. Zum Teil liegt die Ursache ihres Erfolgs im Protest gegen die grossen politischen Parteien. Aber wahrscheinlich ist er auch darauf zurückzuführen, dass die nationalen Parteien keine Antwort auf die lokalen Probleme haben ...

Le Monde

Lage in Libyen In Libyen liegt die Wirtschaft am Boden, in den Städten kontrollieren Milizen und bewaffnete Banden die Strassen. [...] Die 2011 von der Arabischen Liga und der UNO unterstützte Militäraktion wurde beschlossen, weil man damals ein gewaltiges Massaker in Bengasi befürchtete. [...] Betrachtet man die Lage in Libyen heute, so muss man fragen: Kann man sich völlig von einem Land abwenden, wenn man für die Situation teilweise verantwortlich ist?

Das Wetter heute



Gastbeitrag zur «Höseler»-Haltung des Bundesrates nach dem 9. Februar

«Hier, verstanden», oder abtreten



Andreas Glarner

Der Unternehmer aus Oberwil-Lieli ist Aargauer Grossrat und Fraktionspräsident der SVP.

■ **DIE EU STEHT VOR** ihrem Ende – nur haben das erst die wenigsten bemerkt. Nach der Euro-Krise bringt nun die Personenfreizügigkeit die begüterten EU-Staaten an den Rand des Zusammenbruchs. Und dabei hat es erst richtig begonnen, denn gewisse Volksgruppen dürfen erst seit dem 1. Januar dieses Jahres ungehindert in alle Länder der EU einfallen, äh einwandern ... Zum Glück hat die SVP ihre Masseneinwanderungsinitiative gegen alle Wirtschaftsverbände, alle grossen Parteien, gegen den Bundesrat, das Parlament, gegen Kantonsregierungen und natürlich gegen die vereinigten Medien gewonnen. Übrigens waren es ja nicht nur 50,3 Prozent der Stimmenden, sondern eben auch 14,5 Stände, die «Ja» sagten; nur 8,5 waren dagegen.

«**HIER, VERSTANDEN**»: Das hätte der Bundesrat am Abend des 9. Februars eigentlich sagen und auch danach handeln müssen. Doch was tut er stattdessen? Unser Bundesrat duckt sich wieder einmal, statt dass er selbstbewusst hinsteht und der EU klarmacht, dass in unserem freien Land das Volk das letzte Wort hat. Es grenzt ja geradezu an Landesverrat, wenn der Bundesrat und seine Unterhändler der EU schon alle möglichen Bestrafungsmassnahmen auf dem Präsentierteller überreichen, indem sie selbst die schlimmsten Szenarien hochbeschwören.

VOLLEND ABSURD und fern aller Führungsgrundsätze war das Verhalten von Bundespräsident Didier Burkhalter, welcher nur wenige Tage nach der Abstimmung nach Berlin und Paris wallfahrtete, um sich zu entschuldigen. In Paris wurde er zwar

nur vom Aussenminister empfangen, dafür bekam er in Berlin von der guten Angela Merkel ein paar tröstende Worte und durfte dann wieder von dannen ziehen. Was für «Höseler» sind das eigentlich? Wer jetzt nicht hinstehen und die Schweizer Position klipp und klar überbringen kann, hat (um beim militärischen Jargon zu bleiben) abzutreten.

EIGENTLICH, so sollte man meinen, müsste das Abstimmungsergebnis dem Bundesrat schwer zu denken geben. Würdige Regierer würden jetzt sagen: Kommt, wir raufen uns zusammen und machen gemeinsam das Beste für unser Land. Nach aussen geschlossen, im Innern ruhig ein bisschen Kampf, bis alles guteidgenössisch kompromissfähig passt. Aber nein, die ehemalige Konsu-

mentenschützerin lässt die SVP abblitzen und schickt unseren Spitzenleuten den ausgewerteten Gattiker. Sie behandelt die Abstimmungssieger wie Aussätzige und lässt sie bestenfalls am Katzentisch ein bisschen mitreden.

GLEICHZEITIG HAT DAS Eindreschen auf die Schweiz nun so richtig begonnen. Was müssen wir uns alles anhören ... Vor allem natürlich Unwahrheiten und Beleidigungen. Und wer drischt denn jetzt so richtig schön auf die Schweiz ein? Doch nicht die normalen Bürger, ganz im Gegenteil: Diese loben uns und möchten auch gerne abstimmen können. Nein, eindreschen tun jetzt die Politiker, die ihren Traum vom sozialistisch geprägten Einheits-Europa abbröckeln sehen. Die sagen sich: Wo kämen wir denn da hin, wenn das tumbe Volk auch bei uns abstimmen könnte. Das geht ja gar nicht – sonst kommt es am Ende noch so raus wie in der Schweiz.

ALSO MUSS DIE SCHWEIZ abgestraft werden. Und dies bitte gründlich und so, dass es den aufmüpfigen Eidgenossen so richtig wehtut. So, dass die sich nie, aber auch gar nie mehr erfreuen, mittels ihrer lächerlichen Zwergendemokratie unseren schönen Traum zu zerstören. So denkt zurzeit die Politikerkaste in der EU. Dürften die Deutschen, die Franzosen oder die Engländer über die Personenfreizügigkeit abstimmen, so würden Zustimmungsraten von deutlich über 60 Prozent erreicht. Aber dort haben es die Regierenden einfacher als bei uns: Das Volk hätte zwar viel zu sagen, aber es darf nicht – so einfach ist das ...

Gastbeitrag zur Rohstoffausbeutung in armen Ländern durch globale Konzerne

Das Geschäft mit dem Dreck regulieren



Cédric Wermuth

Der Politik- und Philosophiestudent aus Baden sitzt für die SP Aargau im Nationalrat.

■ **DER ROHSTOFFRIESE** Glencore-Xstrata und seine Praktiken stehen zurzeit im Fokus öffentlicher Aufmerksamkeit. Die Firma fördert im Süden Perus im Bezirk Espinar Kupfer. Diese Mine habe ich vor wenigen Wochen besucht. Seit Beginn der Tätigkeit der Minenindustrie kommt es immer wieder zu heftigen Protesten der lokalen Bevölkerung. Die Vorwürfe umfassen ein breites Spektrum: Die Mine verschmutze das Wasser (tatsächlich ist die Schwermetallbelastung in der Region höher als zulässig) und führe dadurch zu Missbildungen bei Mensch und Tier. Glencore arbeite intransparent und kümmerge sich wenig um das Schicksal der lokalen Bevölkerung, verletzte die Menschenrechte. Tatsächlich kam es in Espinar letztmals 2012 zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und der peruanischen Polizei. Dabei wurden 100 Personen verletzt, drei getötet.

AUSSERORDENTLICH problematisch ist, dass sich die schweizerisch-britische Firma mit geheimen Verträgen Dienstleistungen und Loyalität sichert. Die Polizistinnen werden für ihre Tätigkeit nicht vom peruanischen Staat entlohnt, sondern von Glencore selber. Die Menschen verlieren deshalb nicht nur das Vertrauen in die Firma, sondern in ihren eigenen Staat. Dies wiegt umso schwerer, als, dass in der Region um die Mine tatsächlich wenig von einem Aufschwung zu sehen ist, während der Konzern weltweit 245 Milliarden Umsatz generiert.

DER FALL ESPINAR ist nur ein Beispiel für viele problematische Minenprojekte. Und natürlich ist es immer schwierig, sich von aussen ein klares

faltspflichtig sein und desto strenger die Kontrolle.

2. VOR ORT müssen sich die Rohstofffirmen an ein simples Prinzip halten: Nichts darf geschehen, ohne dass die betroffene lokale Bevölkerung voll informiert ist und dem Projekt in einem freien Meinungsbildungsprozess zugestimmt hat. Bei uns ist das selbstverständlich. Jedes Baugesuch muss aufgelegt werden, jedes grössere Projekt braucht eine Abstimmung in der Gemeinde.

3. DIE FIRMEN müssen dringend transparenter werden und über ihre langfristige Planung, ihre Verträge mit lokalen Behörden, ihre Produktionsvorgänge und finanzielle Lage Auskunft geben.

4. WIR MÜSSEN SICHERSTELLEN, dass Gewinne, die mit Produkten aus einem Land im Süden erzielt werden, auch dort versteuert werden. Es kann nicht sein, dass Steuertricks dazu führen, dass Glencore schlussendlich weder in der Schweiz noch vor Ort überhaupt Steuern zahlt.

5. UND ZU GUTER Letzt müssen direkt Betroffene aus Staaten, die über kein unabhängiges Justizsystem verfügen, das Recht erhalten, in der Schweiz gegen Verletzungen der Menschenrechte zu klagen. Nur dieses Druckmittel zwingt die Konzerne dazu, das Wohl der Menschen wirklich ins Zentrum ihrer Arbeit zu stellen.

TUN WIR NICHTS, könnte die Rohstoffbranche zum nächsten Bankrott werden. Wir sollten das Geschäft mit Dreck deshalb rechtzeitig regulieren.

Dohner



Maturand und Milliardär

■ Ein 18-jähriger Gymnasiast, gerade knapp bei Kasse, schreibt an Ivan Glasenberg, Chef des Rohstoff- und Minenkonzerns Glencore-Xstrata:

«Sehr geehrter Herr Gl(en)... Glasenberg
 Diese Woche habe ich im Nachrichtenmagazin (5 vor 12) gesehen, dass man sich ein Studium auch privat sponsern lassen könne. Ein entsprechendes Gesetz soll im Kanton Luzern zur Debatte (füh...) stehen. Ich stehe vor der Matura und plane, danach Philosophie, Literatur, Theologie ... einfach etwas Geistvolles zu studieren.
 Leider ist die Gesellschaft aktuell nicht darauf eingerichtet (darauf erpicht), dass junge Leute Sorge tragen, Geist und Seele nicht verkümmern zu lassen. Junge Leute sollen rasch, ziel führend und kostensparend etwas Nützliches erlernen. Mithelfen, das Bruttosozialprodukt zu steigern. Mir widerstrebt das keineswegs. Nur fürchte ich, dabei unglücklich zu werden. Ich fürchte, als stumpfe(r)s Teil einer Maschine meine besten Jahre zu vergeuden. Ich meine, der Mensch dient dem Ganzen besser, wenn er weiss, von welcher Geistesart er sei, von welchem Wesen (tief innen).
 Keine Angst: Ich werde Ihnen nicht auf der (faulen) Tasche liegen. Ein bisschen Musse – das wäre nicht von schlechten Eltern. Drum möchte ich Sie fragen: Könnten Sie privat mein Studium powern? Es ist mir bewusst, dass Sie darauf eine Rendite erwarten dürfen. Ich denke an ein Prozent mit einer Laufzeit von zwanzig Jahren. Mit 7000 Franken monatlich und einer Laufzeit von (sieben) zehn Jahren glaube ich, über die Runden zu kommen.
 Ich habe mich etwas schlau gemacht, wo ich dank Ihres Sponsorings studieren könnte. Die Karibik wäre ideal, um Geist und Seele (baumeln) reifen zu lassen. Notfalls auch Miami. Ich bin sicher, dass Sie etwas Gutes tun wollen, gerade der vielen Anfeindungen in der (Schlamm)Schmutzpresse wegen Sie. Dafür haben Sie ja gespart, wie ich lese, trotz Verlusten. Dividenden in Millionenhöhe müssen Sie ja nicht versteuern. Investieren Sie in einen vielversprechende(r)nden Jungen! Ich erlaube mir, einen Einzahlungsschein beizulegen.»

max.dohner@azmedien.ch

Die Gastautoren

Andreas Glarner (Grossrat SVP/AG) und Cédric Wermuth (Nationalrat SP/AG)

Katja Gentinetta (Publizistin/Moderatorin) und Elisabeth Schneider-Schneiter (Nationalrätin CVP/BL)

Sebastian Frehner (Nationalrat SVP/BS) und Susanne Hochuli (Regierungsrätin Grüne/AG)

Peter Hartmeier (Publizist) und Kurt R. Spillmann (Prof. em. für Sicherheitspolitik)

Anita Fetz (Ständerätin SP/BS) und Christian Wanner (Regierungsrat FDP/SO)

Marianne Binder (Pressechefin CVP Schweiz, Grossrätin AG) und Hans Egloff (Nationalrat SVP/ZH)

Georg Kreis (Prof. em. für Geschichte) und Peter V. Kunz (Prof. für Wirtschaftsrecht)

Pirmin Bischof (Ständerat CVP/SO) und Christine Egerszegi (Ständerätin FDP/AG)

Kenneth Angst (Publizist) und Oswald Sigg (ehem. Bundesratssprecher)